15.JUL.15

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 29. Sonnabend, den 17. Juli 1915. 19. Jahrgang.

Der Zentralverband der Steinarbeiter während der Kriegszeit.

Als bei Ausbruch des Weltkrieges **Tausende unserer Berufskollegen** auszogen, um Deutschlands Unabhängigkeit zu verteidigen, begleiteten sie unsere besten und innigsten Wünsche. Zugleich gelobten wir, alle bisherigen Errungenschaften hochzuhalten und vor keinem Opfer zurückzuschrecken, um im Innern unseres Landes auch während der Kriegszeit erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Inzwischen hat sich die Zahl der zum Kriegsdienst Einberufenen noch bedeutend vermehrt.

Mehr als 13000 Mitglieder unseres Verbandes, und beinahe eine Million freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter schlagen mutvoll Leben und Gesundheit im Feindesland in die Schanze.

Und noch werden fortgesetzt neue Menschenmassen aufgeboten, die die Reihen der Kämpfer stärken und die Lücken, die der Tod bereits gerissen hat, ausfüllen müssen.

Der Beginn des gewaltigen Kriegsdramas ließ vor allem die größten Erschütterungen des gesamten Wirtschaftslebens und damit auch aller Organisationsgebilde befürchten. Denn die Katastrophe kam so plötzlich über uns, daß keine Vorbereitungen möglich und keine Abwehrmaßregeln wirksam waren. Es war eine Zeit gekommen, in der unsere natürlichen Feinde und jene Berufsgenossen, die, unaufgeklärt, immer zögernd oder mißtrauisch beiseite stehen, eine gewisse Bestätigung ihrer Meinung erwarten konnten, daß die Organisationen der Arbeiter tiefgehenden Erschütterungen nicht standhalten und größeren Anforderungen nicht genügen könnten.

Alle Befürchtungen jedoch über das Versagen der gewerkschaftlichen Verbände während der Kriegszeit sind nicht eingetroffen. Ganz im Gegenteil: Die verflossenen elf Monate **haben die Unüberwindbarkeit der Arbeiterorganisationen einwandfrei dargetan** und die großen Vorteile, die sie jedem ihrer Mitglieder und der Allgemeinheit bieten, im hellsten Lichte gezeigt.

Die deutschen Gewerkschaften haben in der schweren Zeit des Krieges die Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitsbeschaffung und -vermittlung, die Lebensmittelversorgung, die Bekämpfung des Wuchers mit wichtigen Gebrauchsgegenständen des Volkes, die Kriegsfürsorge und viele andere soziale Aufgaben unausgesetzt gefördert. Sie unternahmen dies, gestützt auf ihren weitreichenden Einfluß im öffentlichen Leben, durch die in ihnen zusammengeschlossenen Millionen der tüchtigsten und strebsamsten Volksgenossen, in dem Bewußtsein, daß die Wohlfahrt der Gesamtheit stets unser höchstes Ziel sein muß.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

hat während der bisherigen Kriegszeit alles getan, um den Interessen der Mitglieder gerecht zu werden. Gleich nach Beginn des Krieges **beschlossen Verbandsvorstand und -ausschuß, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen.** Jener Beschluß erweckte überall freudigen Widerhall. Bis zum 30. April 1915 wurde den Arbeitslosen bereits die Summe von **135000 Mark** ausgezahlt. Man bedenke, während des gewaltigen Weltkrieges, der alles umzustürzen drohte, führten wir einen solchen Beschluß durch.

Der Verband gewährte ferner im Vorjahre den Familien der zum Heere eingezogenen Kollegen, außerhalb des Rahmens des Statuts, Unterstützungen im Gesamtbetrage von

147436 Mark.

Aus zahlreichen Mitteilungen der Kriegerfrauen, und ebenfalls aus Feldpostbriefen ging hervor, daß die Leitung des Steinarbeiterverbandes in großzügiger Weise die Unterstützungsaktion regelte. Die Verbandsleitung ist sich bewußt, daß in den Kreisen der Kollegen noch manche Hilfe nötig wäre, aber allen Wünschen gerecht zu werden ist ein Ding der Unmöglichkeit. — Indem zu Beginn des Krieges der Beschäftigungsgrad ein sehr unsicherer war, tat die Verbandsleitung alles, um zunächst **die Steinindustrie zu fördern.** Ferner wurde das nötigste in der **Arbeitsvermittelung** veranlaßt. Im Oktober 1914 versandte die Verbandsleitung bereits eine Petition, in der die

schnelle Vergebung der Werk- und Pflastersteinlieferungen

verlangt wurde. Beinahe **sämtliche Ministerien** der deutschen Bundesstaaten versprachen, unsere Bestrebungen **zu unterstützen.** Städtische Baubehörden, Eisenbahndirektionen usw. sprachen sich in ähnlichem Sinne aus. Um die Steinindustrie in Bayern speziell zu heben, wurde eine Arbeiterdeputation beim Ministerpräsidenten Grafen Dr. von Hertling vorstellig. Durch Rundschreiben der Regierung wurden die unteren Verwaltungsbehörden darauf hingewiesen, bei Bauten mehr auf die Verwendung des Natursteines hinzuwirken.

Desgleichen wurden noch zwei wichtige Petitionen in

insgesamt 4000 Exemplaren versandt.

Die eine Petition wandte sich in scharfer Weise gegen die Bestrebungen, daß auf den Friedhöfen der polierte Granit zu Denkmalsarbeiten nicht mehr zugelassen werden soll, die andere legte klar, daß es unbegreiflich sei, wenn nord- und westdeutsche Städte den größten Teil ihrer Pflastersteinmaterialien auch fernerhin aus dem Auslande beziehen wollten.

Die Verbandsleitung trat auch weiter dafür ein, daß beim **Wiederaufbau der verwüsteten Städte in Ostpreußen,** zum Transport der Baumaterialien (darunter sind auch die Steinindustrieprodukte zu verstehen) billigere Eisenbahnfrachtsätze eingeführt werden sollten. Die Kollegen können daraus ersehen, daß wir nichts unterlassen haben, damit die Steinindustrie mit Aufträgen versehen wird. Nur dadurch, daß die Verbandsleitung bei den verschiedenen Baubehörden **immer wieder anbohrte,** war es möglich, daß die Aufträge herausgegeben wurden.

In einer Reihe von Fällen mußte dagegen Stellung genommen werden, weil die Unternehmer die Tariflöhne reduzieren wollten, was sie dann aber nicht aufrechterhalten konnten.

Die **freien Verbände,** die sehr oft als vaterlandsfeindlich hingestellt wurden, stellten bereits am 30. April 1915 **958247 Heerespflichtige,** heute ist sicherlich **die Million schon erreicht.** Das heißt: die freien oder auch die Zentralverbände genannt, **stellen allein mindestens zwanzig Armeekorps** zur Verteidigung des Vaterlandes.

Seit Kriegsbeginn haben die freien Verbände ausgegeben:

für Arbeitslosenunterstützung 20539138 Mk.
für Familienunterstützung 7005193 Mk.

Kollegen, diese Leistungen sprechen für sich selbst!

Der **Steinarbeiterverband** hat im Jahre 1914 (es kommen dabei bloß sieben Monate in Betracht) für Kampfzwecke 246557.96 Mk. verausgabt. Als weitere Ausgaben kommen noch hinzu: Krankenunterstützung 122414.20 Mk., Maßregelungsunterstützung 14904.44 Mk., Sterbeunterstützung 11145.40 Mk.

Wenn nicht noch Tausende von Steinarbeitern dem Verbande fernstehen würden, dann könnte noch viel mehr geleistet werden.

Nach Kriegsschluß kann sich die Situation besonders schwierig für die Arbeiterschaft gestalten. Wer dächte heute wohl nicht mit heißer Sehnsucht an den **Frieden!** Und doch birgt sich in dem Uebergangsstadium zur erneuten Umorganisierung von Industrie und Handel eine schwere Gefahr für uns, wenn wir nicht dazu gerüstet sind. Leicht kann das Zurückfluten der Millionen Arbeitslosigkeit usw. im Gefolge haben. Da wird es Aufgabe **unserer Organisation** sein, sowohl durch die **eigenen Unterstützungseinrichtungen** helfend einzusetzen, als auch durch **Einwirkung auf die Arbeitsvermittlung** den ärgsten Uebelständen zu Leibe zu rücken.

Wir müssen alle Reserven heranziehen! Ueber 13000 Kollegen stehen im Felde. Sie alle erhoffen voll Zuversicht, eines Tages zurückzukehren in unsere Reihen. **Ueber 600 Kollegen haben bereits den Heldentod gefunden,** mancher Kriegsteilnehmer wird als Kriegsinvalide nur noch Teile seiner früheren Arbeitskraft besitzen, die große Mehrzahl aber flutet zurück und **fordert Rechenschaft von uns!**

Wie kann der Unorganisierte erwarten, daß ihm die Achtung der zurückkehrenden Arbeitskameraden wird, wenn er sich von der Organisation fernhält?

Viele Bedenken des eingeschüchterten Allzuängstlichen, der wähnte, sich selbst und seiner Stellung zu schaden, wenn er organisiert sei, sind heute in Nichts versunken. Kein Unternehmer wird und darf es wagen, wegen der Organisationszugehörigkeit Entlassungen vorzunehmen. Die allgemeine Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch Minister und bürgerliche Vertreter hat sich während der Kriegszeit fast unumstritten durchgesetzt, und es liegt nun bei den Arbeitern selber, diesen Zustand zum **dauernden** zu gestalten.

Jetzt muß sich jeder organisieren! Nie war es auch für den einfachsten Verstand leichter faßbar, welche Werte durch **Organisation** geschaffen werden, welche Werte dem einzelnen in der Organisation gewährleistet sind. Mit Staunen hat mancher in diesen elf Kriegsmonaten beobachtet und bewundert, was die Heeresorganisation vollbringt. Weit über diese Resultate hinaus vermögen die

Friedensorganisationen der Arbeiter

zu wirken auf dem Gebiete **aufbauender Kultur.**

Nach dem Kriege werden die Kämpfe mit den Unternehmern neu aufflackern. Die Lebensmittelpreise werden nicht so schnell sinken, und so ist es einleuchtend, wenn das Streben der Steinarbeiter dahin geht, höhere Löhne zu bekommen. Und wir haben in der Steinindustrie bisher immer noch gesehen, daß jede Lohnerhöhung erst mühselig errungen werden muß.

Darum ist in Zukunft die Organisation nötiger als je.

Steinarbeiter Deutschlands, tragt dafür Sorge, daß auch während dieses Weltkrieges, der, wie wir hoffen, mit einem vollen Siege für die Zentralmächte enden möchte,

der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig) gestärkt wird.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

tagte in Berlin in der Zeit vom 5.—7. Juli d. J. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchner Gewerkschaftskongreß konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugsweiser Bericht sowie eine Uebersicht über die Kassenführung soll in der nächsten Ausgabe des Korrespondenzblattes veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. In eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zur Zeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Karenzfrist für Unterstützungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Die Wiederauflebung von Unterstützungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterstützungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

> Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde. —

und verschob die Beschlußfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind bezw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statutarischen Unterstützungen zahlen. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieben. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verhütet werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohndrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildervorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

> „Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend angängig ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.
>
> Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.
>
> Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß
>
> 1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
> 2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
> 3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Aenderung oder Außerkraftsetzung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.
>
> Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind."

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durch-

führung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von **Zentralauskunftsstellen** in den einzelnen Städten und Bezirken eine Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht versäumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftszentralen, denn dieser „Sozialpolitiker" versuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichen Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er maße sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentral-Auskunftsstellen überall verlangen, **daß auch ihre Nachweise gemäß den im preußischen Runderlaß vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind.** Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelt sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Grüppchen, diesen Parteistreit auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. **Gewerkschafter** wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen."

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 28 des Korrespondenzblattes publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Verurteilungen der gemeinschädlichen Treibereien der Mißvergnügten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution e i n s t i m m i g zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im Korrespondenzblatt veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, **Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.**

Nur eine einige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstand eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben."

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. **Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegentreten.**

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung rumänischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegsstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Aenderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. **Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Aenderung der Gewerkschaftssatzungen vorbereitet werden.**

Am Schlusse wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken." Der Antrag fand fast allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Zetkin redigierte „Gleichheit" für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet ist und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verstiegenen Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergehe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit", von einem andern die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblatts Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

Das Regalrecht.

Das Regalrecht ist ein im frühesten Mittelalter von Königen und Fürsten sich angemaßtes Gewalt- und Hoheitsrecht. Könige und Fürsten waren es, die das Recht der ehemaligen Markgenossen, in der Erde nach Erzen zu schürfen und bei Funden das Bergwerk gegen gewisse Abgaben an Fremde oder Markgenossen zur Ausbeutung zu verleihen, brachen und an sich rissen. Nunmehr verliehen die Könige die Bergwerke und Bergwerksfelder, nicht mehr die ehemaligen Markgenossen. Die Könige erhoben die sich aus der Verleihung ergebenden Regalabgaben oder „Zehnten". Das Recht, diese Regalabgaben zu erheben, verschenkten sie wieder häufig an ihre Parteigänger und Grundherren. Wer in Deutschland den römischen Kaisern wichtige Dienste geleistet hatte, erhob vielfach Ansprüche auf das Regalrecht, oder es wurde ihm durch die kaiserliche Gewalt freiwillig verliehen, manchmal auf ewige Zeiten! So begründet zum Beispiel auch der Herzog von Arenberg* seine Ansprüche auf das von ihm ausgeübte Regalrecht. **Kaiser Karl IV.** soll seinen Ahnen im Jahre 1356 durch die „Goldene Bulle" das Regalrecht verliehen haben; nach einer andern Version übte das Haus Arenberg das Recht schon früher aus. Beweisstücke für das eine oder das andre dürfte die Familie wohl schwerlich beibringen können, die erwähnte Bulle gibt keine Spezialisierung der Verleihung der Rechte, sondern spricht von Verleihung im allgemeinen. Aber selbst dann, wenn ein solches Recht im Mittelalter „rechtmäßig" bestanden hätte, gehörte es in unsre Zeit ganz gewiß nicht mehr hinein.

Die Souveränität der Arenberge wurde durch die napoleonische Flutwelle 1810 hinweggefegt, damit, so meinen wir, auch die Rechte, die sich aus der souveränen Regierung ergaben. Aber die reichsunmittelbaren Fürsten und Herren haben es verstanden, sich von Pflichten, die sich zum Beispiel aus den Servituten, Heer- und Gerichtskosten ergaben, zu befreien, sich jedoch die Einnahmen, die sie als Regal- und Grundherren erhielten, zu sichern. Diesen Zustand nannte die Rheinisch-Westfälische Zeitung am 8. Juni 1910 geradezu skandalös! Mit Recht! Kaiser und Könige verschenkten Regalrechte, die sie selbst sich auf unrechte, gewalttätige Weise angeeignet hatten, sie verschenkten, was sie nie als Rechtsbesitz besaßen. Wir erinnern auch daran, daß ein Herzog von Arenberg seine sämtlichen Rechte aus dem Bergregal in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen eine jährliche Rente von 1000 Talern auf den Staat übertragen wollte, der Staat lehnte ab. Das war zu einer Zeit, als der Bergbau sich allerdings auf das Münsterländische Gebiet noch nicht erstreckte. Heute heimsen die Arenberge durch das Regalrecht Millionen ein. Sie werden dem Staat wegen seiner Kurzsichtigkeit gewiß nicht gram sein.

Der Staat spielt in der Frage der Regalien überhaupt eine wunderbare Rolle. Seine Stellung zu ihr ist die, daß er nach früherem teilweisen Verzicht als Selbstbesitzer an Regalrechten die ihm zukommenden Regalabgaben preisgab. Sie wurden anläßlich der Miquelschen Steuerreform zwar nicht aufgehoben, wohl aber „außer Kraft gesetzt". So hat sich der Zustand entwickelt, daß die reichsunmittelbaren Magnaten nicht nur von den Privatgrubenbesitzern Regalabgaben erheben, sondern auch vom Fiskus, dieser selbst aber hat auf diese bisher innegehabte Einnahmequelle verzichtet. Der westfälische Bergfiskus hat fast seinen ganzen Grubenfelderbesitz im Münsterland in dem Arenbergschen Regalbesitz zu liegen und mußte dem Herzog 1914 schon 321 854.50 Mk. an Entschädigung entrichten.

Da es außer dem Herzog von Arenberg noch andre Regalherren in Westfalen und in Oberschlesien gibt, so wiederholt sich hier das k u l t u r w i d r i g e, u n v e r n ü n f t i g e S p i e l, wenn auch nicht in dem Umfange wie mit den Arenbergs. Der Staat zahlt, die Reichsunmittelbaren, die vielfach selbst Grubenunternehmen betreiben, zahlen nichts, streichen aber außer Grubendividenden und sonstigen Einnahmen noch Millionen von Mark an Regalgeldern ein. Kein Wunder, wenn das Vermögen dieser Herren ins Riesenhafte wächst. Nach dem Martinschen „Jahrbuch für Millionäre" soll zum Beispiel das Vermögen des Herzogs Engelbert von Arenberg, Schloßherrn auf Nordkirchen, im Jahre 1912 63 Mill. Mark betragen haben, im Jahre 1895 „nur" 28—29 Mill. Mark, also in 16 Jahren eine Steigerung von 32 Mill. Mark!

Das ist das von Martin erfaßte Vermögen. Sonst wird der Besitz des Herzogs im In- und Auslande auf mehrere hundert Millionen Mark geschätzt. Das dürfte der Wahrheit näher kommen als die Martinschen Angaben.

Es ist hohe Zeit, daß mit dem mittelalterlichen Regalrecht der Grundherren aufgeräumt wird. Gelegenheit dazu gibt die neue Steuergesetzgebung nach dem Kriege, die vor allen Dingen die arbeitslosen Einkommen, nicht nur die der Regalherren, heranziehen soll. Hier ist Geld wie Heu vorhanden.

* Auch Arenberg, ein altes Adelsgeschlecht, das auch in Belgien große Besitztümer hatte. Ein Prinz von Arenberg wurde 1890 in den Deutschen Reichstag gewählt, schloß sich der Zentrumspartei an und starb 1907.

Arbeit im stillen.

Von A u g u s t W i n n i g.

In seiner köstlichen Geschichte vom Fähnlein der sieben Aufrechten meint Keller, man solle nicht um den Beifall der Lärmenden und Unruhigen buhlen, sondern auf die Gelassenen und Festen sehen. Er hat darin recht: auf die Spreuer, die jeder Wind bewegt, kommt es weniger an, die tragende und wegweisende Kraft des Ganzen steckt immer in der ruhigen Arbeit, die nicht streitet und zagt, die mit gelassener Selbstverständlichkeit tut, was ihr Interesse verlangt. Schilt man sie darum philisterhaft und hausbacken, und stürmt man mit beschwörenden Reden auf sie ein, doch nun endlich einmal aufzuspringen und mit kühner Tat die Welt und noch einiges andre über den Haufen zu werfen, so sagt sie, wie Genosse Bauer auf dem letzten Parteitag erklärte: L. S. = Laßt schwätzen! und arbeitet weiter.

Wir wollen uns nicht verhehlen, daß aus dieser Selbstverständlichkeit der ruhigen Arbeit auch eine Selbstgenügsamkeit werden kann, die nicht mehr über sich hinausdenkt und ihre Kräfte belanglosen und unfruchtbaren Nebendingen widmet. Wo allerdings ein großes lebendiges Klasseninteresse hinter ihr steht, und wo sie den Trägern dieses Interesses für ihr Tun verantwortlich ist, da darf man beruhigt sein, denn da schützt sicher die Bewegtheit des Denkens vor philiströser Absperrung und Erstarrung.

Ein Dokument dieser Arbeit im stillen, die unverdrossen ihre Ziele verfolgt und unbeirrt von dem Lärm um sie her das tut, was das große von ihr vertretene Klasseninteresse fordert, **ist der Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften,** der in diesen Tagen herausgekommen ist. Er umfaßt die Zeit vom Juni 1914 bis Juni 1915 und ist darum in gewissem Umfange **e i n K r i e g s b e r i c h t.** Denn es ist nicht ein Gebiet gewerkschaftlicher Tätigkeit, das von den Wirkungen des Kriegszustandes unbeeinflußt geblieben wäre. Seine ersten Seiten führen uns in eine Zeit zurück, die uns heute sicher wie eine recht ferne Vergangenheit anmutet. Die Tage nach dem Münchner Kongreß waren den Vorbereitungen internationaler Arbeit gewidmet. Man rüstete sich zum Internationalen Kongreß in Wien, für den wiederum eine große Zahl internationaler beruflicher Konferenzen vorgesehen war, man bereitete die Teilnahme an dem Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor, der in Paris stattfinden sollte, man hatte die Teilnahme an mehreren andern Veranstaltungen im Auslande zugesagt, man erwartete einen Besuch englischer Gewerkschaftsgenossen und hatte sich bereits über die Beschickung des Ruskin College durch deutsche Gewerkschafter geeinigt. Zwischen alle diese Vorbereitungen platzte der Ausbruch des Weltkrieges und verwandelte die Szene von Grund aus. Als am letzten Julitag der Krieg unabwendbar erschien, rief die Generalkommission die Verbandsvorstände zusammen, um mit ihnen zu besprechen, was zum Schutze der Organisationen getan werden könnte. Man glaubte damit rechnen zu müssen, daß die Gewerkschaften zunächst geschlossen und zur Untätigkeit verurteilt würden. Als die Vorstände jedoch am 2. August zusammenkamen, konnte ihnen die Generalkommission mitteilen, daß bei der Regierung keine Absicht bestehe, die Tätigkeit der Gewerkschaften zu behindern, daß man im Gegenteil die Mitwirkung der Gewerkschaften bei den sozialen Fürsorgemaßnahmen wünsche. Das eröffnete den Gewerkschaften mit einem Schlage ganz neue Ausblicke. Die Generalkommission war zu solcher Mitwirkung bereit und sandte schon am 2. August Vertreter zum Reichsamt des Innern, die dort über die Bedingungen verhandelten, unter denen Industriearbeiter bei den Erntearbeiten helfen könnten und zugleich ihre Meinung über die Gesetzentwürfe

Die Straße und der Krieg.

Die Bedeutung, die ein gut ausgebautes Straßennetz für ein Land in kommerzieller Hinsicht hat, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Durch die revolutionierende Umwandlung des Transportwesens, die durch die motorischen Kräfte des Automobils veranlaßt wurde, ist die Landstraße wieder zu ihrem Recht gekommen. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der Kraftwagen in Deutschland gestiegen und mit jeder Zunahme des Kraftwagenverkehrs wuchsen die Erfordernisse, die dieser an die Straße stellte. Es hat, wie schon oft in der Zeitung erwähnt, die [illegible] Einflüsse dieses gesteigerten Verkehrs auf der Straße [illegible] war ein neues Problem, mit der sich Techniker und [illegible] zu ihrer Beseitigung beschäftigen und [illegible] wurde die Bauweise der Straße immer mehr diesem gesteigerten Verkehr angepaßt.

Wenn nun der friedliche Verkehr sich schon in dieser Hinsicht [illegible] den Problemen der Straße zugewandt hat, so ist der Krieg ohne Zweifel ein Faktor, der die Entwicklung des Straßenwesens als solches ganz gewaltig beeinflussen wird. Es ist wohl nicht zu [illegible], wenn wir behaupten, daß [illegible] dem modernen Kraftwagenverkehr [illegible] einer guten [illegible]

Nach einer kürzlich durch die Presse gegangenen Notiz sollen bei den Heeren der [illegible] im ganzen über 100 000 Kraftwagen an der Front stehen. Bei den deutschen Heeren sollen [illegible] Kraftwagen [illegible] militärischen [illegible] Kraft [illegible] Beförderung durch [illegible] steigert diese [illegible] Kriege. [illegible] Das Heer, [illegible]

[illegible]

Jahr [illegible]

[illegible]

tausenden Kilometern, allerdings erst nach längerer Zeit, hervorbringen können. Das, was jetzt in Rußland und besonders im Westen dieses Reichs an Straßen vorhanden ist, ist mehr wie ungenügend. Welchen Einfluß die Straßen auf der russischen Kampffront auf die Ereignisse des Krieges haben, wird natürlich erst später von kompetenter Stelle dargelegt werden können.

Im Gegensatz zu Rußland zeigen die Straßen Frankreichs und Belgiens ein andres Bild. Auf diesem Kriegsschauplatz haben beide Gegner ein gleichwertiges Straßennetz hinter ihrer Front. Hier kommt der Kraftwagen als schnelles Transportmittel voll und ganz zu seinem Recht. Es ist bekannt, daß zu der im vorigen Herbst von den Franzosen angesetzten, aber verunglückten Ueberflügelung der deutschen Nordarmee der Kraftwagen eine große Rolle als Truppenbeförderungsmittel spielte. Aehnliches ist auch bei den Kämpfen in Ostpreußen von unsern Truppen geschehen. Allerdings sind diese schnellen Transporte größerer Soldatenmengen durch den Kraftwagen nur möglich, wenn ein gutes Straßennetz die Grundlage dazu bietet. So viel ist jetzt schon sicher, die Straße und der Kraftwagen haben in diesem Kriege ihre Feuerprobe bestanden.

Die Höchstentfaltung aller dem Kriegszweck dienenden Kräfte wird natürlich auch von der Straße gefordert. Sie muß dem gewaltig gesteigerten Verkehr in der Anlage und in der Festigkeit gewachsen sein. Ob die Straße diesen Erfordernissen überall gerecht geworden ist, muß füglich doch bezweifelt werden. Denn der brausende Verkehr spielte sich teilweise auf Straßen ab, die im Frieden ein Dornröschendasein führten. Es darf also kein Wunder nehmen, wenn eine ganze Anzahl Straßen durch die vom Kriege gebrachte immense Verkehrssteigerung und durch das schlechte Wetter als „Verwundete" bezeichnet werden müssen. Diese Schäden auszubessern, sind eine große Zahl Armierungsarbeiter auf allen Kriegsschauplätzen hinter der Front tätig. Ob nun der Krieg eine Aenderung in der Bauweise der Straßen hervorbringen wird (kürzlich ging eine Ansicht durch die Presse, daß der Kraftwagenverkehr an den Kriegsschauplätzen bedingte, die erhabene Wölbung des Straßenquerschnitts durch einen Unterbogen zu ersetzen), ist füglich noch zu bezweifeln. Vor allem wird aber von der Straße eine gesteigerte Festigkeit und eine größere Breite, als wie der gewöhnliche Landstraßenbau gefordert werden müssen. Da in dem Aufmarschgelände, außer dem zentralen Rheinland an der Westfront, das Kleinpflaster nur geringere Ausdehnung gefunden hat, wird man allgemeine Schlüsse auf die Bewährung dieser Straßenbefestigungsart nicht ziehen können. Und doch wäre bei größerer Durchführung des Kleinpflasters im Landstraßenbau ohne Zweifel ein gewaltiger Erfolg erzielt worden. Vielleicht geben diese Zeilen einem bei den Straßenbaukompagnien stehenden Kollegen Veranlassung, nach dieser Richtung vergleichende Beobachtungen zu machen, um sie dann der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Nun ist die Frage: wird dieser Krieg wie in vielem andern eine breitere Entwicklung dem Straßenbau bringen? Wir können diese Frage getrost bejahen. So viel steht schon heute fest, daß der Kraftwagenverkehr nach dem Kriege einen ganz gewaltigen Aufschwung nehmen wird. Nach der Reichsstatistik sind in Deutschland schätzungsweise 5 Millionen Pferde vorhanden gewesen. Der Krieg, und besonders der Russeneinfall in Ostpreußen, dem Lande, das einen großen Teil Deutschlands mit gutem Pferdematerial versorgte, hat diese Zahl gewaltig verringert. Es wird also naturnotwendig eine Verdrängung der tierischen Kraft durch den Kraftwagen erfolgen. Und als Folge dieses wieder wird die Umwälzung im Straßenbau vor sich gehen, daß die Straßen dem gesteigerten Kraftwagenverkehr angepaßt werden müssen. Schon jetzt machen sich Stimmen geltend, die angeblich auf Kriegserfahrungen gestützt, den Bau von reinen Betonlandstraßen als das erstrebenswerteste Ziel für die Zukunft fordern. Entgegen diesem sind wir der Meinung, daß das Kleinpflaster in guter Herstellung in jeder Beziehung diese Art Straßen übertrifft. Die am Steinstraßenbau interessierten Gewerbegruppen haben die Pflicht, durch beste Arbeit diese Frage in ihrem Sinne zu lösen.

Feldpost-Mitteilung.

R u s s i s c h - P o l e n, den 2. 7. 1915.

Werter Kollege!

Als ehemaliger Einzelzahler habe ich ebenfalls für den Verband auch während der Kriegszeit ein großes Interesse. Ich freue mich deshalb, daß mir der „Steinarbeiter" so pünktlich zugestellt wird. Vielleicht läßt es sich machen, daß mir auch noch einige Tageszeitungen beigelegt werden, man ist an der Front für alles dankbar. Besonders fällt mir auf, daß der Verband während des Krieges so leistungsfähig ist, faktisch, man hätte gedacht, die Organisationen müßten gleich in der ersten Zeit des Krieges zusammenbrechen. Da zeigt sich eben die Stärke der Arbeiterorganisationen. In Russisch-Polen sieht es mit der Kultur verflucht windig aus. Wir stehen an der Weichsel, aber wenn ich die Bauerndörfer vergleiche mit denen, die ich in Belgien und Frankreich gesehen habe, dann muß ich schon sagen, daß hier in 100 Jahren die Kultur des Westens auch noch nicht erreicht sein wird. Militärisch steht die Sache für die Verbündeten gut, wir sind auch hier wieder ein schönes Stück vorwärtsgekommen. Allerdings haben wir großen Mangel an Trinkwasser; bei der jetzigen Hitze ist das besonders unangenehm. Unser Quartier ist seit Wochen der Wald, aber der Gesundheitszustand ist erfreulicherweise noch gut.

Besten Gruß A. Renaley

sagen konnten, die die Regierung am 4. August dem Reichstag vorlegen wollte.

„Wir wissen wohl," heißt es in dem Bericht, „daß es in der Arbeiterbewegung einzelne Personen gibt, die behaupten, das wäre nicht unsre Aufgabe gewesen; wer den Krieg verschuldet habe, solle auch für die Folgen aufkommen. Dieser törichten Auffassung konnte sich die Generalkommission nicht anschließen."

In der Erkenntnis, daß es jetzt vor allem darauf ankomme, die Folgen des Krieges für die Arbeiter möglichst zu lindern und das Vertrauen der Masse zu den Gewerkschaften als ihren berufenen Sachwaltern nicht zu enttäuschen, hat dann die Generalkommission und haben die Verbandsvorstände und viele örtliche Verwaltungen mit den Behörden zusammengearbeitet. Selbst wem diese Tatsache an sich bekannt und sogar näher bekannt war, der ist von dem Umfang des Zusammenarbeitens, wie er sich aus dem Bericht ergibt, überrascht. In den ersten Kriegswochen verging kaum ein Tag, an dem nicht Vertreter der Gewerkschaften an solchen Verhandlungen beteiligt waren.

Die ersten Wochen brachten die größten Sorgen, es galt dem Mangel an Arbeitskräften bei der Einbringung der Ernte und der riesigen Arbeitslosigkeit in den städtischen Industrien und Gewerben abzuhelfen. Der erste Uebereifer hatte da manchen Schritt getan, der wohl gut gemeint war, aber in seiner Wirkung das Uebel nur verschlimmerte. Da war das Aufgebot der Jugend zu der Ernte; nicht nur, daß man dadurch die Unterbringung der Arbeitslosen erschwerte, es lag in dieser unentgeltlich geleisteten Hilfe auch ein Anreiz zum Lohndruck bei den bezahlten Arbeitern. Da waren die Erlasse der Verwaltungsbehörden, in denen alle öffentlichen Betriebe zur Sparsamkeit ermahnt und naturgemäß zur Entlassung vieler Arbeiter bestimmt wurden. Da war die Einschränkung des Verbrauchs, die Annahme freiwilliger Hilfskräfte für öffentliche Dienste — alle jene dilettantenhaften Maßnahmen, die auf Vorstellung der Gewerkschaftsvertreter wieder rückgängig gemacht wurden. Dann aber galt es, positiv auf eine Besserung hinzuarbeiten. Vor allem kam es darauf an, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen. Das eine gelang nach mehreren Wochen des Uebergangs, das andre blieb ein Gegenstand dauernder Bemühungen. Bald erforderte die Regelung der Warenpreise und die Sicherung der Volksernährung die Mitarbeit der Gewerkschaften, dann galt es, die rückständigen Gemeinden zu besserer Arbeitslosenfürsorge zu veranlassen, dann mußten die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben und bei der mit Staatsaufträgen arbeitenden Kriegsindustrie beeinflußt werden. In allen diesen Fragen fanden sich Gewerkschaften und Behörden zusammen. Während die Opposition in unsern Reihen sich leidenschaftlich darüber erhitzte, ob der Krieg ein Verteidigungs- oder ein Eroberungs- oder ein Präventivkrieg sei, während ein Häuflein Verlorener in ausländischen Blättern nach der revolutionären Aktion rief, berieten Vertreter der Gewerkschaften und der Partei mit den Regierungsleuten, wie man dem Volke die höchste Widerstandskraft sichere. Welch ein Gegensatz zwischen dieser stillen Arbeit und jenen Diskussionen! Aber die Antwort auf die Frage, womit den Arbeitern am meisten gedient ist, kann nicht schwer fallen.

Gewiß wird man über den Erfolg dieser Arbeit nicht in jedem Falle restlose Zufriedenheit empfinden. Die Unterstützung der Kriegerfamilien läßt den Gemeinden einen allzu großen Spielraum und weist darum höchst ungerechte Unterschiede auf. Die Regierungsmaßnahmen zur Beeinflussung der Lebensmittelpreise sind oft sehr verfehlt gewesen. Noch manche andre Ausstellung drängt sich einem auf. Aber bei alledem bleibt es wahr, daß durch diese stille Arbeit unsrer politischen und gewerkschaftlichen Vertreter manches Unheil von der Arbeiterklasse abgewendet worden ist. Wenn wir heute die Zuversicht haben dürfen, daß sich die Arbeiterklasse auch in den Stürmen des Krieges behaupten, und daß auch das stolze Gebäude ihres Organisationswesens, wenn auch geschwächt, so doch aber unversehrt daraus hervorgehen wird, so ist das der große Erfolg dieser Arbeit. Es fehlt wohl nicht an Leuten, die solchen Erfolg gering schätzen, denen es besonders darum verdächtig erscheint, weil es das Ergebnis des Zusammenwirkens der Arbeiterklasse und der Staatsgewalt ist. Man fürchtet, unsre Bewegung würde dadurch das Vertrauen der Massen einbüßen. Und doch wird das Gegenteil eintreffen. Die Lärmenden und Unruhigen freilich, die sich noch nie Rechenschaft über die Grundlagen unseres Einflusses in der Masse gaben, die werden und mögen mit unverständiger Nichtachtung an dieser Arbeit vorübergehen. Aber die wirkliche Masse, jene Masse, auf deren Anhänglichkeit die Größe und die Machtstellung unserer Organisationen beruht, die wird es der Partei und den Gewerkschaften danken, daß sie auch in der schwersten Zeit ihre höchste Aufgabe nicht verleugnet haben, Fürsprech, Schutz und Schirm der Armen und Bedrückten zu sein. Fester als je wird die Masse zu unsern Organisationen halten, fester als zuvor wird unsre Bewegung im Vertrauen des Volkes verankert sein. Und dieser Fonds an politischer Kraft wird uns im öffentlichen Leben zugute kommen.

Angesichts dieser Arbeit erscheinen die krampfhaften Bemühungen, der Arbeiterbewegung eine andre Politik aufzuzwingen, völlig aussichtslos. Sie ist für das Volk zu bedeutsam gewesen, als daß man sie künftig ignorieren könnte, und sie hat Konsequenzen, denen sich weder die Regierung noch die Arbeiterbewegung entziehen kann. Nicht in den heftigen Proklamationen der Minderheit, sondern in dieser stillen Arbeit unsrer Organisationen haben wir die Grundlage unsrer künftigen Politik zu sehen.

Die Konsumvereine während des Krieges.

Das Schicksal der Konsumentenorganisationen während des Krieges bietet nicht minder als das der Gewerkschaften für jeden Sozialpolitiker großes Interesse. Handelt es sich doch bei beiden um Schöpfungen, die den minderbemittelten Volksschichten, also den breiten Massen des Volkes, als Mittel zur Hebung und Sicherung der Lebenslage dienen und sich gegenseitig ergänzen und stützen.

Wie für die Gewerkschaften, so mußte auch für die Konsumvereine Kriegszeit ohne weiteres als kritische Zeit, als Zeit unübersehbarer und unberechenbarer Gefahren, betrachtet werden. Erhebliche Werte, Gemeineigentum zahlreicher Besitzloser, sind in ihnen festgelegt, deren Vernichtung unter Umständen drohte. Irgendwelche Erfahrungen standen nicht zu Gebote; in den Kriegsjahren 1866 und 1870/71 waren die Konsumvereine noch meistens so unbedeutende Gebilde, daß ihr damaliges Schicksal für die Beurteilung der Verhältnisse unter einem modernen Weltkriege keinerlei maßgebende Bedeutung haben konnte. Man stand vor etwas durchaus Neuem und Ungewissem für den Fall, daß der Friede gebrochen wurde. Die Leitung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine hatte freilich nicht unterlassen, wie auf andre gefährliche Möglichkeiten, so auch auf die eines Krieges warnend hinzuweisen. Noch im vorigen Jahre beschäftigten sich die Tagungen der Unterverbände wie des Generalrats und der Genossenschaftstag mit einer Reihe wohlerwogener Ratschläge, die samt und sonders dem Zwecke dienten, die Grundlagen der Vereine gegen alle nicht vorauszusehenden Zufälligkeiten zu sichern, und in der Begründung, die diesen Ermahnungen gegeben wurde, fiel auch das Wort Krieg, ohne daß jemand allerdings ahnte, wie nahe das Furchtbare stand.

Traf somit auch der Krieg die Konsumvereine überraschend, so fand er sie doch nicht unvorbereitet. Ihr ganzes Geschäftsgebaren war eben auch auf diese Möglichkeit zugeschnitten. In diesem Gerüstetsein auf alle Fälle lag ein Stück des Wesens der Konsumgenossenschaften, die, so sehr sie dem augenblicklichen Bedürfnis ihrer Angehörigen dienen, doch stets bewußt und grundsätzlich auch weitere Ziele verfolgen und über das Heute hinaus Vorarbeit für künftige Generationen zu leisten bemüht sind. Noch weit mehr aber trat ihr Wesen und damit ihre Bedeutung gegenüber den Organen der privatkapitalistischen, dem persönlichen Gewinnbedürfnis dienenden Warenverteilung bei und nach Kriegsausbruch in die Erscheinung.

Zu den bemerkenswertesten Maßnahmen der jüngst verflossenen Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet gehören unstreitig die Festsetzung von Höchstpreisen und die Beschlagnahme von Vorräten. Mit Recht konnte das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt" aus diesem Vorgehen der Reichsbehörden die Schlußfolgerung ziehen, daß weite Gebiete der privatkapitalistischen Wirtschaft unter Zwangsvormundschaft gestellt würden. Zu dem Mittel greife man nur Leuten gegenüber, die sich unfähig erwiesen hätten, richtig und ohne andern Schaden zuzufügen, zu wirtschaften. Die Höchstpreisfestsetzungen rüttelten am Profit der privaten Warenvermittlung, die Beschlagnahme in Verbindung mit der Bäckereiverordnung greife sehr fühlbar auch in die Organisation ein. Auch diese werde unter Zwang gestellt, weil sie sich als ungeeignet erwiesen habe, schwere Schädigungen der nationalen Interessen zu verhüten. Damit werde die Notwendigkeit besserer, nach festen Grundsätzen und Methoden arbeitender Organisationen zugegeben.

Das Grundübel der privaten Warenvermittlung, das man in der Warenerzeugung langsam zu mildern trachtet, die völlige Planlosigkeit war zu Kriegsbeginn und weiterhin so auffällig und lästig geworden, daß der Staat, zögernd zwar, einzugreifen begann. Dazu trat abscheulichster Wucher, der an allen Ecken und Enden sein verächtliches und gemeingefährliches Wesen trieb, der aber auch allseitig als ein Ausfluß eben des heute vorherrschenden Systems der auf Gewinn angewiesenen und bedachten privaten Warenverteilung erkannt wurde. Kein Wunder, daß sich die Aufmerksamkeit weitester Kreise den Konsumvereinen zuwandte, die das genossenschaftliche Prinzip der Gewinn ausschaltenden, den Vorteil gemeinsamen Wirkens den Beteiligten nach gerechten Grundsätzen zuwendenden Warenverteilung verkörpern. Sie konnten darauf hinweisen, daß ihretwegen es einer Höchstpreisfestsetzung und sonstiger Gewaltmaßregeln nicht bedurft hätte. Wer wäre wohl auf den schnurrigen Einfall gekommen, die organisierten Konsumenten könnten sich ausgerechnet in der Kriegszeit die Lebensmittel selbst verteuern und müßten von hoher Obrigkeit mit sanftem Zwang angehalten werden, sich ja nicht selbst zu übervorteilen? So kam denn vielen Leuten die Wesensverschiedenheit kapitalistischen und genossenschaftlichen Betriebs durch die anschauliche Sprache der Tatsachen zum Bewußtsein und führte zu einer recht sehr veränderten öffentlichen Bewertung der Konsumvereine, die ebenso im Urteil der Bevölkerung wie in der Aufhebung der törichten Verbote des Beitritts von Beamten und Staats- und Gemeindearbeitern einen weit sichtbaren Ausdruck fand.

Die gute Meinung, die sich so über die Konsumvereine herausbildete, wurde durch deren Wirken während der Kriegsdauer nicht enttäuscht. Was ihres Amtes im Völkerringen sei, stand für sie vom ersten Augenblick an fest. „Wie in friedlichem Tun mit dem Volk und für das Volk, so in der Stunde der Gefahr!" Planmäßig haben die Vereine darauf hingearbeitet, die Volksernährung sichern zu helfen und Mißbräuche zu verhindern. Sie haben der panikartigen Verproviantierungssucht der Mobilmachungstage gesteuert, indem sie Waren nur in Mengen abgaben, die dem jeweiligen Bedürfnisse genügten, sie haben dadurch billigere Vorräte ihren Mitgliedern für längere Dauer gesichert und auf diese Weise eminent preisregulierend gewirkt. Wenn heute der Kleinhandel vielfach entrüstet den Vorwurf der Preistreiberei zurückweist, so kam er in die angenehme Lage, weil die Konsumvereine dafür sorgten, daß ihm die Trauben zu hoch hingen. Die Konsumvereine haben weiter in der gleichen Richtung gewirkt durch ihre großen Eigenproduktionsbetriebe, Bäckereien, Schlächtereien usw. Ihre Großeinkaufsgesellschaft hat sie in diesem Streben redlich und erfolgreich unterstützt. Man wolle dabei nicht außer acht lassen, daß der wohltätige Einfluß der Konsumvereine weit mehr noch in dem zum Ausdruck gelangt, was sie verhüten, als in dem, was sie leisten. Wo sie bestimmend auf die Preise wirken, fällt ihr Segen minder auf als dort, wo sie fehlen und die Konsumenten wehrlos den willkürlichsten Preisfestsetzungen überantwortet sind.

Die Anerkennung für dieses Wirken ist denn auch nicht ausgeblieben. Zu vielen Tausenden strömten neue Mitglieder den Vereinen zu, und alte, lässige Genossen, die zu „Papiersoldaten" zu versumpfen drohten, fanden den Weg gleichfalls wieder zum eignen Geschäfte. Nur so war es möglich, daß die riesigen Lücken, die das Ausscheiden von Hunderttausenden konsumkräftigen Männern und die verminderte Kaufkraft der Zurückbleibenden reißen mußte, im allgemeinen so einigermaßen wieder ausgefüllt werden konnten. Traten doch trotz Fehlens jeder Propaganda in den fünf Kriegsmonaten des vorigen Jahres den Vereinen des Zentralverbands 30 859 neue Mitglieder bei, während der Umsatz nur um reichlich 8 Prozent zurückging. Die Eigenproduktion zeigte sogar noch eine bemerkenswerte Steigerung. Auch die Sparkassen der Vereine hielten sich vorzüglich; am Jahresschlusse 1914 war der Einlagenbestand mit 70 300 892 Mk. noch um mehr als 4½ Millionen Mark höher als Ende 1913.

Für den Gewerkschafter sind diese Zahlen nicht nur als Konsumenten erfreulich; sie geben auch die Bürgschaft dafür, daß die in konsumgenossenschaftlichen Betrieben tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen — Ende 1914 waren es bereits über 30 000 — im allgemeinen nach wie vor tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen konnten und nicht unter der Ungewißheit der Existenz zu leiden brauchten.

Weit Größeres hätten sie allerdings zu leisten vermocht, weit stärkere Wucht im Zurückdrängen privater Bereicherungsgelüste entfalten können, wenn nicht die übergroße Mehrzahl derer, für die sie da sind, ihnen noch fernstände. Wohl ist die Entwicklung des Zentralverbands eine glänzende, wie nachstehende Tabelle zeigt:

Die Entwicklung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine von 1903 bis 1914.

	1903	1914
Zahl der angeschlossenen Vereine	685	1 149
Zahl der Mitglieder	575 440	1 729 858
Zahl der beschäftigten Personen	7 061	30 522
	Mk.	Mk.
Umsatz im eigenen Geschäfte	160 028 079	665 064 768
Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren	19 712 751	131 425 271
Kassen- und Bankbestände, Wertpapiere	10 112 133	100 981 897
Warenbestände	19 186 511	67 128 824
Inventar und Maschinen	3 686 656	19 868 624
Grundbesitz	22 995 482	119 318 021
Eigenes Kapital	17 766 091	77 811 184
Spareinlagen und Hausanteile	9 018 827	113 204 409
Hypotheken	12 661 983	52 850 829

Aber die 1 729 858 Mitglieder stellen doch nur einen Bruchteil derer dar, die ein dringendes Interesse an der Stärkung ihrer Konsumkraft, an der wirtschaftlichen Ausnutzung ihres Einkommens haben, sie stellen vor allem, da sie sich aus allen Volkskreisen rekrutieren — 370 000 rund gehören nicht zur Lohnarbeiterschaft — nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft dar und umfassen bei weitem nicht einmal die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Da muß der Hebel angesetzt werden: Wer seinem Lohn den vollen Wert sichern, seine Kaufkraft auf dem Warenmarkt nicht sinken sehen und damit alle Errungenschaften der gewerkschaftlichen Arbeit in nichts zerfließen, in die Taschen der Warenverteiler rinnen lassen will, der muß sich auch als Konsument organisieren! Eindringlich hat der Krieg diese Notwendigkeit gepredigt — möge die Lehre aus schwerer Zeit in entsprechendem Handeln unsrer Leser Ausdruck finden.

Tretet samt und sonders den Konsumvereinen bei!

Zur Gesteinseinfuhr.

Auf unsre Petition wegen der Gesteinsausfuhr gehen uns immer noch Antworten zu. Wir geben heute die Rückäußerungen der Städte Köslin und Essen bekannt. Diese beiden Städte haben bis dato einen großen Teil der zu benötigenden Pflastersteine aus Skandinavien bezogen. Die Antworten lauten:

Magistrat Köslin. Köslin, 26. Juni 1915.

Auf Ihre Eingabe betreffend Vergebung von Werk- und Pflastersteinlieferungen an deutsche Unternehmer teilen wir Ihnen mit, daß wir die deutsche Steinindustrie nach Möglichkeit bei Vergebung von Werk- und Pflastersteinen unterstützen werden.

Der Oberbürgermeister der Stadt Essen. Essen, 1. Juli 1915.

Die hiesige Stadtverwaltung schreibt alljährlich ihren Bedarf an Pflastersteinen und Hartgestein öffentlich aus. Um allen deutschen Steinbruchbetrieben Gelegenheit zur Offertabgabe zu bieten, wird von der Sonderbezeichnung eines bestimmten Materials in der Ausschreibung abgesehen.

Die Verwaltung sucht unter den eingegangenen Proben diejenigen heraus, die sich für die in Frage kommenden Straßen unter Berücksichtigung von Lage, Verkehr, Steigung usw. am besten eignen. Im Interesse der Anlieger und der Bürgerschaft, welche die Kosten zahlen müssen, muß selbstverständlich auch der Preis der Steine bei der Auswahl entsprechende Berücksichtigung finden. Selbstverständlich wird im Interesse der eigenen Industrie von Berücksichtigung auswärtigen Materials abgesehen, soweit das ohne Schädigung der finanziellen Interessen möglich ist.

Die Antworten lassen darauf schließen, daß unser Vorgehen nicht umsonst war. Heute können wir schon sagen, daß den Pflastersteinarbeitern die Petition wegen der Gesteinseinfuhr einen großen Erfolg gebracht hat.

Korrespondenzen.

Berlin. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Wissell nahm die Kollegenschaft am 6. Juli den Bericht vom 2. Quartal entgegen. Die verhältnismäßig günstige Geschäftslage im Beruf brachte der Kasse einen kleinen Ueberschuß. Die örtliche Erwerbslosenunterstützung (Ausgesteuertenunterstützung) wurde nur in geringem Maße in Anspruch genommen. Während sie im Februar mit 610 Mk. den Höhepunkt erreichte, ging sie in den folgenden Monaten März auf 450 Mk., April 210 Mk., Mai 100 Mk. und im Juni auf 90 Mk. zurück. Im ganzen entfallen auf diesen Unterstützungszweig seit seiner Einrichtung (1. Dezember 1914) 2495 Mk. Diese Summe verteilt sich auf 91 Kollegen, von denen 12 mit je 60 Mk. ausgesteuert sind. Wenn Aussicht auf ein Bestehenbleiben der günstigen Geschäftslage vorhanden wäre, hätte der Vorstand die Wiedereinführung des Ortsstatuts empfohlen; da die Zukunft jedoch höchst unsicher ist, appelliert der Vorstand nach wie vor an die Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden und an die Genügsamkeit der erwerbslosen Kollegen. Letztere erhalten nach dreiwöchiger Arbeitslosigkeit 10 Mk. Bei längerer Dauer oder wiederholter Arbeitslosigkeit kann die Unterstützung wiederholt bezogen werden, innerhalb vier Wochen jedoch nur einmal. Nach sechsmaligem Bezug erlischt die Bezugsberechtigung. Die ausgesteuerten kranken Kollegen haben die gleichen Rechte. — Wiederholt hatte sich der Vorstand mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, angesichts der durch den fortwährenden Mitgliederrückgang bedingten prozentualen Steigerung der Verwaltungskosten durch vorübergehende Aufgabe der besoldeten Verwaltung eine Ersparnis eintreten zu lassen. Derselbe kam jedoch zu dem Schluß, daß sich die weitverzweigte Verwaltungsarbeit nebenamtlich nicht mehr ausführen lasse, ohne Schaden für die Organisation im Gefolge zu haben. Jedenfalls werde dieser durch die eventuelle Ersparnis nicht aufgewogen. Die Versammlung schloß sich dieser Auffassung an. Ferner wurde beschlossen, den zum Heere eingezogenen Kollegen eine Tabakspende zuteil werden zu lassen. (Adressen von eingezogenen Berliner Kollegen werden zu diesem Zweck noch entgegengenommen.) Als Berater für die kriegsbeschädigten Kollegen zur Arbeitsbeschaffung und Berufsberatung wurden gewählt die Kollegen Louis Jahrmarkt (Sandstein), Otto Beu (Marmor), Alwin Meyer (Grabstein). Zum Schluß forderte der Vorsitzende zu reger Organisationstätigkeit und zu einem besseren Besuch der nächsten Versammlung auf.

An die Ortsverwaltungen.

Die Generalkommission hat soeben die Zentralverbände beauftragt, am 31. Juli eine statistische Erhebung vorzunehmen. Die Zentralverbände haben während des Krieges solche Leistungen aufzuweisen, daß es schon der Mühe wert erscheinen muß, wenn diese eben auch statistisch festgestellt werden. Wir geben nun heute schon die gestellten Fragen bekannt, welche uns die Generalkommission zur Beantwortung auferlegt. Ausdrücklich sei bemerkt, daß mit der nächsten „Steinarbeiter"-Sendung, Nr. 30, den Ortsverwaltungen ein spezieller Fragebogen zugeht, der dann am 31. Juli ausgefüllt und an die Verbandsleitung sofort eingesandt werden muß. Die heutige Bekanntgabe der Fragen soll bezwecken, daß die Ortsverwaltungen besonders die Zusammenstellungen über die Mitglieder, über die geleisteten Unterstützungen dementsprechend vorbereiten. Die gestellten Fragen lauten:

1. Am Schluß des 2. Quartals hatte die Zahlstelle . . . Mitglieder.
   davon weiblich . . . „
2. Vom 1. Juli 1914 bis 31. Juli 1915 sind neu eingetreten . . . „
   davon weiblich . . . „
3. Bis zum 31. Juli sind zum Kriegs- und Heeresdienst eingezogen . . . „
4. Vom Kriegsdienst sind zurückgekehrt . . . „
5. Am 31. Juli zählte die Zahlstelle noch . . . „
   davon weiblich . . . „
6. Arbeitslos waren am 31. Juli . . . „
7. Verkürzte Arbeitszeit hatten . . . „
8. Gekürzten Lohn haben . . . „
9. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug vom 3. August 1914 bis 31. Juli 1915 . . . Mk.
10. An die Familien der Kriegsteilnehmer wurden aus der Orts- und Zentralkasse bis 31. Juli 1915 ausgezahlt . . . „

Die Ausgabe für Unterstützungen aller Art einschließlich der Arbeitslosen-, Familien-, Kranken-, Notstandsunterstützung usw. vom 3. August 1914 bis 31. Juli 1915 betrug . . . „

Die Fragestellung ist so klar, daß eine mißverständliche Antwort kaum möglich ist. Die Ortsverwaltungen tun gut, die Vorarbeiten für die Ausfüllung des Fragebogens schon jetzt zu treffen. Wir wissen sehr wohl, daß es einem Teil der Ortsverwaltungen nicht leicht möglich sein wird, die Zusammenstellung etwa mühelos machen zu können. Die Verbandsleitung legt aber Wert darauf, daß die Ausfüllung des Fragebogens in der exaktesten Weise vorgenommen wird.

Rundschau.

Freie Fahrt für die Kriegsteilnehmer. Am 29. Mai nahm der Reichstag den Antrag an und zwar einstimmig, daß die Kriegsurlauber auf den Bahnen freie Fahrt erhalten sollen. Aus dem Felde sind nun bei uns schon mehrfach Anfragen eingegangen, dahingehend, daß die Urlauber die Fahrt immer noch selbst von der deutschen Grenze ab bezahlen müssen. Die Soldaten sind natürlich über diesen Zustand sehr wenig erbaut. Wie sich nun herausstellt, hat der Bundesrat dem Reichstagsbeschluß noch nicht zugestimmt, es finden darüber noch die bekannten Erwägungen statt. Es wäre sehr zu wünschen, wenn der Bundesrat den Reichstagsbeschluß schnellstens sanktionieren würde.

Der Bau der Weistrittalsperre im Schlesiertal ist nunmehr in sein letztes Stadium getreten und hat sich im wesentlichen in den zeitlichen Rahmen gehalten, die dem großen Bauwerk von vornherein gesteckt waren, trotzdem der Krieg und die damit eingetretene Einschränkung in den Arbeitergruppen hemmend eingriff. Bis auf die maschinellen Einrichtungen, die dem Mauerwerk noch eingefügt werden müssen, ist die Sperre vollendet. Für die Errichtung der Mauer konnten nahe zu vollem Umfange die Gesteine des Schlesiertales und der angrenzenden Feldhänge die Materialien liefern, so daß das fertigende Werk immerhin mit verhältnismäßig billigen Mitteln hergestellt werden konnte.

Steinvergebung. Folgende Lieferungen werden vergeben: Katholische Gesamtkirchenverwaltung in München: die Steinmetzarbeiten für den Turm der Giesinger Stadtpfarrkirche; Eisenbahnbetriebsamt Posen: 800 Tonnen Pflastersteine; Eisenbahnbetriebsamt Küstrin: 1750 Quadratmeter Pflastersteine; Magistrat Geestemünde: 1200 Q.-M. Pflaster- sowie 400 Meter Bordsteine; Stadtbauamt Thorn: 2000 Quadratmeter Pflastersteine 1. Klasse aus bestem schlesischen Granitmaterial. — Die Ausschreibungsliste ist diesmal nicht bedeutend, aber immerhin berührt sehr wohltuend, daß der Thorner Magistrat bei der Ausschreibung gleich deutsches Material vorschreibt. Gerade Thorn hatte mit Vorliebe bisher Pflastersteine aus dem Auslande bezogen. Hoffentlich werden auch die zukünftigen Bestellungen der deutschen Industrie zugute kommen.

Internationale Korrespondenz (IK). Diese in der Presse jetzt oft genannte Korrespondenz erscheint in einer besonderen Wochenausgabe, einseitig bedruckt, für Funktionäre und andre Interessenten der Arbeiterbewegung. Sie dient als Informationsquelle über alle Vorgänge des Auslandes, soweit diese die Arbeiterschaft besonders interessieren, und bringt dazu in sorgfältigen Uebersetzungen die wichtigsten Kundgebungen der Organisationen des Auslandes, bedeutender Arbeiterführer usw. Probenummern verlange man gratis und franko von A. Baumeister, Berlin-Karlshorst.

Soldatenfriedhöfe in Belgien. „Angesichts des Todes schwindet jeder Haß", schreibt das Journal des Débats in einer ergreifenden Schilderung zweier Friedhöfe in Belgien, in denen Freund und Feind nahe einander die letzte Ruhestätte gefunden haben. „Sieben Kilometer von Lüttich entfernt auf einem Hügel sind zwei Kirchhöfe, einer nahe beim andern. Die Landschaft hat, von dort aus gesehen, eine beruhigende Lieblichkeit, aber alles erinnert an die schrecklichen Dinge, die hier geschehen sind: Lange und tiefe Schützengräben, Stacheldrahtstücke, Soldatenmützen und -Helme, die überall verstreut liegen, und diese Gräber, deren Erde erst frisch aufgeworfen scheint. Der erste Friedhof ist ganz klein, obgleich 120 belgische Soldaten hier ihre letzte Ruhe gefunden haben. Eine majestätische Eiche hütet den Eingang. Die Wurzeln des Baumes sind durch einen Schützengraben bloßgelegt worden, der im Zickzack durch dieses Feld des ewigen Schlafes läuft. Die Gräber sind schön gepflegt und mit Blumen bedeckt. Mit Kies hat man auf die Erde einen belgischen Löwen und ein umkränztes A gezeichnet, und zwischen beiden ist ein Kreuz aus Buchsbaumzweigen aufgestellt: „1914. Den tapferen Vaterlandsverteidigern, die Gemeinde Cheratte." Andre kleinere Kreuze erheben sich hier und da. Auf dem einen liest man: „Ehre den tapferen belgischen Soldaten, die am 6. August 1914 für ihr Vaterland starben", und darunter: „Zu Ehren unseres tapferen Feindes, gewidmet vom I. b. Landsturm-Inf.-Bat. Ansbach." Auf einem andern Kreuz: „Den gefallenen Belgiern, deutsche Soldaten." Das ist die Ehrfurchtsbezeugung des Feindes. Kleine Pfähle mit den belgischen Farben werden durch versilberte Girlanden miteinander verbunden. Tschakos, halbverwelkte Kränze, Tornisterstücke liegen dort und umgeben die Bilder des Königs Albert und der Königin Elisabeth, ebenso wie die Inschrift: „Gott schütze Belgien und seinen König!" Einige hundert Meter weiter an einem Schützengraben entlang, der in der Richtung des Forts Barchon läuft, hat man einen Friedhof für die deutschen Soldaten, die auf dem Schlachtfelde fielen, hergerichtet. Er ist viel größer als der erstere, er hat die Ausdehnung eines großen Dorffriedhofs. Auch hier mahnt alles an den Krieg. Hier Stacheldraht, dort die Ueberreste eines niedergebrannten Gotteshauses, während sich in der Nähe eines blühenden Obstgartens, hinter einer Hagedornhecke, ein andrer Schützengraben versteckt. Dreihundert Soldaten sind hier begraben. Rechts sind die Gräber der Offiziere, bei denen ein Kreuz steht, das die Namen der hier Ruhenden nennt. Unter einem großen Rasenplatze sind die andern Soldaten gemeinsam begraben. Kein Name wird erwähnt, nur auf einem ein paar Meter hohen Eichenkreuz feiert ein Offizier „den Ruhm der Helden, die für die Ehre und das Bestehen Deutschlands fielen". Die belgische Gemeinde von Wandre pflegt die Gräber der deutschen Soldaten und sorgt dafür, daß es nicht an Blumen fehlt. . . ."

Fürsorge für Kriegsbeschädigte im Steinsetzgewerbe.

Auf Anregung des Verbands der Steinsetzer ist für dieses Gewerbe ein Vertrag zustande gekommen, der die Fürsorge für Kriegsbeschädigte im Gewerbe regelt. Auch die Vertreter der Unternehmerorganisationen (Reichsverband für das Steinsetz-, Pflasterer- und Straßenbaugewerbe und der diesem nicht angeschlossene Verband für Berlin und die Provinz Brandenburg) waren einstimmig der Meinung, daß das Schicksal dieses Vertrags nicht verknüpft werden dürfe mit dem Schicksal der einzelnen Tarifverträge, wie das im letzten Absatz zum Ausdruck gekommen ist. Der Vertrag hat nachstehenden Wortlaut:

Die infolge ihrer Teilnahme am Kriege in ihrer Erwerbsfähigkeit vorübergehend oder dauernd beschränkten Angehörigen des Steinsetz- und Pflasterergewerbes haben, soweit sie nach der Art ihrer Verletzung überhaupt noch in ihrem früheren Beruf arbeitsfähig sind, Anspruch auf weitere Beschäftigung in demselben und zwar in demselben Maße, wie alle übrigen Berufsangehörigen.

2. Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten erfolgt nach den tariflich festgesetzten Bedingungen. Soweit für einzelne Kategorien (Poliere, Kolonnenführer, Kostengesellen, Schacht- und Platzmeister usw.) Tarife nicht bestehen, richtet sich die Entlohnung nach den für diese Beschäftigungsart maßgebenden örtlichen Bedingungen. — Für Kriegsbeschädigte, die in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich beschränkt sind, kann eventuell die Lohnfestsetzung durch die tariflichen Schlichtungsinstanzen erfolgen.

3. Die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten ist von keinerlei Bedingungen hinsichtlich Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Vereinigungen oder dem Verzicht auf irgendwelche bürgerlichen Rechte abhängig zu machen.

4. Die Verteilung der vorhandenen Kriegsbeschädigten auf sämtliche Betriebe geschieht in den einzelnen Tarifgebieten durch die Tarifinstanzen, soweit nicht einzelne Betriebsinhaber sich ohne weiteres zur Einstellung bestimmter Kriegsbeschädigter bereit erklären. Auch Einstellungen der letzteren Art dürfen nur unter den hier festgelegten allgemeinen Bestimmungen erfolgen.

5. Sofern die Notwendigkeit vorhanden ist oder es für das Fortkommen einzelner Kriegsbeschädigter zweckmäßig erscheint, können dieselben in Lehrkursen, die für das Steinsetz- und Pflasterergewerbe in Betracht kommen, unterwiesen werden. Es handelt sich hier insbesondere um solche Kriegsbeschädigte, die durch Verlust einzelner Gliedmaßen am Pflastern, Rammen, Steinhauen und Richten, Planarbeiten usw. dauernd verhindert sind, die aber durch intellektuelle Befähigung und persönliche Qualifikation sich als Leitungs- und Aufsichtspersonal, wie Werkmeister, Werkführer, Poliere, Kolonnenführer, Schacht- und Platzmeister usw. eignen. Die etwa notwendigen Kosten der Ausbildung können auf Antrag der Beteiligten von den beiden Vertragsorganisationen zu gleichen Teilen übernommen werden. Im Einzelfall unterliegt die Beschlußfassung den für den Antragsteller zuständigen Tarifkörperschaften.

6. Kriegsverletzte, die in den letzten zwei Jahren vor ihrer Einberufung keinen festen Arbeitsort gehabt haben, insbesondere also solche aus [illegible], können durch Vermittlung der beiderseitigen Zentralkörperschaften untergebracht werden. Voraussetzung ist, daß die betreffenden Kriegsbeschädigten in der angegebenen Zeit im Beruf und in dem betreffenden Bezirk gearbeitet haben. Die einzelnen Tarifbezirke sind verpflichtet, die ihnen durch die Zentralkörperschaften [illegible] Kriegsbeschädigten prozentual zu übernehmen.

7. Die ausschreibenden Behörden sind zu veranlassen, die vorstehenden Bestimmungen sinngemäß in die Submissionsbedingungen aufzunehmen und Aufträge nur an solche Firmen zu vergeben, die sich zur Beachtung dieser Bestimmungen verpflichtet haben. Des weiteren verpflichten sich die vertragschließenden Parteien, durch Eingaben an die [illegible] Körperschaften, sowie wie möglich [illegible] Verbänden, Vereinigungen, die ähnliche [illegible] haben, darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen zur Beschäftigung der Kriegsbeschädigten nach sozialen [illegible] in die erforderlichen Vorschriften über das Submissionswesen [illegible] wird.

8. Die vorstehenden Bestimmungen sind in den jeweiligen einzelnen Tarifverträgen als besonderer, selbständiger Anhang anzufügen. Eine Aenderung oder Aufhebung derselben ist mit der Kündigung und Aenderung der einzelnen Tarife nicht verbunden, sondern kann nur durch die beiderseitigen Zentralkörperschaften erfolgen.

Das Eiserne Kreuz erhielt **Wilhelm Gnichtel** aus Niederlamitz (Fichtelgebirge).

Literarisches.

Heft 15 der „Neuen Zeit" vom 9. Juli 1915 hat folgenden Inhalt: X. Y. (Paris): Eine Stimme aus Frankreich. — Karl Kautsky: Ein objektiver Richter und gewissenhafter Historiker. — N. Rjasonoff: Die auswärtige Politik der alten Internationale und ihre Stellungnahme zum Krieg (Fortsetzung). — J. Fedder (Amsterdam): Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Holland während des Krieges. — Ed. Bernstein: Amerikaner über den Weltkrieg (Schluß). — Literarische Rundschau: L. Radlof, Vaterland und Sozialdemokratie. Missionsinspektor Lic. theol. J. Witte-Berlin, Ostasien und Europa. Karl v. Bardeleben, Professor in Jena, Die Anatomie des Menschen. — Briefkasten.

* *

Wo steht der Hauptfeind? Von Konrad Haenisch. Verlag der Internationalen Korrespondenz, Berlin-Karlshorst. 24 Seiten. 10 Pfg. Durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und direkt vom Verlag zu beziehen. Ueber den Zweck der Schrift sagt der Verfasser im Vorwort: Die Aufsätze sind eine verkürzte Wiedergabe einiger Artikel, die zuerst — zum Abdruck in der Tagespresse bestimmt — in der I. K. erschienen waren. Sie sind Gelegenheitsarbeiten und selbstverständlich weiß niemand besser als ich, daß sie das Thema „Ursachen und Anlässe des Weltkrieges" in keiner Weise erschöpfen. Wenn ich sie trotzdem hier in Heftform herausgebe, so geschieht es, weil ich glaube, daß sie so ihrem Zweck noch besser zu dienen vermögen als beim bloßen Zeitungsabdruck. Dieser Zweck aber ist der Kampf gegen die verwirrenden Treibereien der Parteiopposition, die in den letzten Wochen einen immer größeren Umfang angenommen haben. Der allgemeine politische Schaden dieser Treibereien ist schon bedenklich genug — geradezu katastrophal aber ist ihre Wirkung auf die deutsche Arbeiterbewegung. Jeder, dem die Zukunft der Partei und der Gewerkschaften, jeder, dem die Sache des Sozialismus am Herzen liegt, muß im Kampfe gegen die Parteizerstörer an seinem Teile mitarbeiten. Dieser Aufgabe dienen auch diese im übrigen völlig anspruchslosen Blätter.

* *

Soeben gelangte die zweite, vermehrte und verbesserte Auflage des „Bautechnischen Taschenbuches" für Praxis, Repetition und Vorbereitung zur Meister- und Baumeisterprüfung, herausgegeben von Otto Keller, Direktor des Technischen Instituts zu Meißen. 8° Taschenformat. X und 255 S., mit 200 Abbildungen. In Ganzleinenband 4 Mk. Verlag von H. A. Ludwig Degener, Leipzig, zur Ausgabe.

Wir haben hier ein tatsächlich sehr brauchbares Lehr- und zugleich Nachschlagebuch vor uns, das sich durch seinen reichen, in knapper Form, teilweise in Frage und Antwort geschickt zusammengefaßten Inhalt: Tabellen und Notizen. Allgemeines Repetitorium. Mathematik — Physik und allgemeine Mechanik — Hilfsmaschinen bei Bauten — Statik und Festigkeitslehre — Chemie und Baustofflehre — Hauptregeln für Bauausführung und Baukonstruktion — Gesetzeskunde — Erste Hilfe bei Unglücks- und Krankheitsfällen — Geschäftskunde. Anleitung zur Anfertigung statischer Berechnungen zur Eingabe an Behörden. Beton- und Eisenbetonkonstruktionen auf der Baustelle wie im Bureau fast unentbehrlich gemacht hat.

Die neue Auflage ist vollkommen auf der Höhe der Jetztzeit, und in ihren Tabellen durch solche für Beton- und Eisenbetonbau, wie in ihren drei Abschnitten auch durch Aufnahme von Beispielen für Eisenbinderberechnung (Vorführung von Zahlenbeispielen aus der Praxis mit Umgehung aller überflüssigen Theorien) ergänzt worden.

Und so zweifeln wir nicht, daß dieser bewährte Ratgeber auch weiterhin dem Bautechniker wie sonstigen Bauinteressenten große Dienste leisten wird.

„Dokumente zum Weltkrieg 1914." Die Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, hat nunmehr den dritten Teil des französischen Gelbbuchs erscheinen lassen. Damit liegt das französische Gelbbuch vollständig vor. Der dritte Teil enthält die Aktenstücke von der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien bis zum Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Deutschland. Darunter befinden sich also auch die Botschaft des Präsidenten Poincaré, die dieser in der Parlamentssitzung vom 4. August verlas, und die Reden des Ministerpräsidenten Viviani aus der Sitzung der Deputiertenkammer vom 4. August 1914. Auch bei dem französischen Gelbbuch hat sich der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, streng an das Programm gehalten und sich auf die getreue Wiedergabe der amtlichen Dokumente beschränkt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen der Aktenstücke. Die drei Hefte, die das französische Gelbbuch umfaßt, kosten zusammen 1 Mk.. — Demnächst gelangt das italienische Grünbuch zur Ausgabe.

Quittung.

Vom 4. bis mit 10. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:

Güstrow, Ins. 2.40. Meißen, Ins. 8.40. Zeven, Ins. 1.60. Aurich, Ins. 2.40. Brüx, Ins. 1.20. Neustadt a. A., E. 2.60. Posen, E. 3.—. Breslau, E. 7.30. Lößenbach, E. 7.70. Rostock 443.28. Roth am Sand 47.99. Mittweida 551.25. Königslutter 133.85. Kirchberg 404.63. Heidingsfeld 127.62. Neunkirchen 29.98. Beuthen 18.20. Eisenach 175.66. Gera 84.28. Heppenheim 111.16. Hildesheim 31.60. Kirschhausen 98.45. Miltenberg 9.97. Meißen II 144.—. Neuforg 21.84. Osterwald 67.45. Offenbach 29.55. Randersacker 125.42. Schopfloch 57.56. W.-Rackwitz 12.40. Königswalde, E. 10.80. Prenzlau, E. 4.20. Eisenberg, E. 4.10. Liegnitz, Ins. 2.—. Medard, E. 5.—. Solnhofen, E. 14.—. Reuth, E. 7.60. Mannheim 247.85. Grünsfeld 44.67. Göttingen 38.78. Elberfeld 15.06. Cassel 34.30. Copitz 232.50. Eibelstadt 21.87. Lütschenbach 55.43. Nebra 20.20. Rottenbauer 7.40. Wolfshagen 307.40. Karlsruhe 11.45. Blitzow, Ins. 2.40. Beucha 760.50. Edenstetten 24.05. Minchnach 35.17. Westerode 299.12. Stralsund, E. 7.—. Meißen, Ins. 2.—.

Ju Vertr.: **Hugo Walther.**

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Adressen-Aenderungen.

Floß. Kass.: Wolfgang Fröhler, Floß Nr. 69c.
Kiel. Vors. u. Kass.: M. Breitsprecher, Eichenhoffstr. 24a.
Osnabrück. Vors.: Anton Harteveld, Kamp 79. Kass.: Konrad Leuthold, Johannisfreiheit 8.
Schwerin. Vors. u. Kass.: Alfred Kröpelin, Tappenhagen 6, II.

Briefkasten.

Lausitz. 1911 wurden auf unseren Wasserstraßen 917 280 Tonnen Pflastersteine befördert. In der Rubrik Bau-, Bruch- und Werksteine figuriert dann noch ein weiteres Quantum, nämlich 1 054 390 Tonnen. Um diese Steinmengen transportieren zu können, hätte die Verfrachtung in 197 167 Eisenbahnwaggons vor sich gehen müssen. — **O., Mittweida.** Der direkte Weg war also besser; die Konsulate arbeiten in solchen Dingen viel zu schwerfällig. Besten Gruß. — **H., Plauen.** Bitte die Nummer 27 nachlesen, in welcher die Todesanzeige enthalten ist. — **Nebra, K. 1.** Die Frage ist unklar gestellt. Neben der Kriegswitwenrente gibt es eine andere Unterstützung nicht. — **Duisburg, C. R.** Zu beziehen durch Pohls Verlag, München, Amalienstraße 97. — **R. K.** Wird besorgt werden. Es ist Aussicht auf Erfolg vorhanden. — **J.** 1 Quadratkilometer = 1 000 000 Quadratmeter; 1 Hektar = 100 Ar = 10 000 Quadratmeter. — **H. H. in Schw.** Während der Einziehung des Tr. können wir eine solche Mitteilung nicht bringen.

Anzeigen

Dauernde Beschäftigung finden noch tüchtige
Muschelkalk-Steinmetzen
in unseren Betrieben **Gehespitz** bei Neu-Isenburg (Hessen) und **Hardheim** (Baden)
Sandstein-Steinmetzen
in **Lauterecken** (Pfalz) und **Bürgstadt** (Main).
Anfragen und Anmeldungen sind nach den Betriebsstellen zu richten.
Philipp Holzmann & Co., G. m. b. H.
Frankfurt am Main.

Steinmetzen
stellt sofort ein
Kunststeinwerk Oberschlesische Cement-Industrie
Dziergowitz (Ob.-Schl.).

Tüchtiger Steinmetz
auf Odenwaldgranit sofort gesucht. Tagelohn 6.50 bis 7 Mark. Dauernde Beschäftigung. Schriftliche Angebote an
Wilh. Horle, Rüsselsheim b. Mainz.

15 bis 20 tüchtige
Steinhauer u. Maschinenspalter
zur Erzeugung von Kleinpflastersteinen werd. sofort aufgenommen im
Syenitwerk Schwaden (Böhmen)
Ferdinand- und Joseph-Stelle, Aussig III, Nr. 136.
Wohnung im Werke selbst.

Granitschleifer (ev. auch einige Steinmetzen)
für sofort gesucht.
Lauschke & Co., Granitwerk, Einbeck.

Tüchtige Steinbrecher, Granitsteinmetzen und Maschinenschleifer
stellt für dauernde Winterarbeit sofort ein
Meissen-Zscheilaer Granitwerk Georg Weir
Meissen-Zscheila i. Sa.

Zuverlässige Steinmetzen
zum Bearbeiten von Kunststeinen sucht für dauernd
Glück Nachf., Inh. R. Kunze
Halle, Magdeburger Str. 27.

Dauernde Beschäftigung finden
Steinmetzen auf Travertin u. Muschelkalk
Gebr. Nitzsche, Langensalza.

Zur **Anfertigung von Kleinpflastersteinen** auf Bornholmer Steinspaltmaschinen werden **geübte Leute** für dauernde Beschäftigung gesucht.
Mittweidaer Granitwerke (A.-G.)
in Mittweida i. Sa.

Steinmetzen u. Schleifer
stellt ein **Hans Ritzmann**
Granitwerke Bützow (Mecklenburg).

Steinmetz, welcher im Kriege eine Verwundung erhielt und im Beruf nicht mehr gut fortkommen kann, wünscht eine **Kantine** zu übernehmen. Kleine Kaution kann eventuell gestellt werden. Offerten unter **120** an die Expedition dieses Blattes.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

Heinrich Anders, 21 Jahre alt; **Heinrich Arnold,** 28 Jahre alt, beide aus der Zahlstelle **Häslicht** (Schlesien).
Wenzel Havráneck, 37 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Wünschelburg.**
Friedrich Fritze, 30 Jahre alt; **Alb. Brandt,** 26 Jahre alt, beide aus der Zahlstelle **Gommern.**
Jakob Heil, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Metz.**
Wilhelm Held, 32 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Treuchtlingen.**
Ernst Paul Grünert, 24 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Mittweida.**
Otto Uhrmann, 26 Jahre alt, aus der Zahlstelle **Tittling.**
Georg Schörner, 30 Jahre alt, aus der **Bezirkszahlstelle Schwarzenbach.**
Johann Hackenberger, 38 Jahre alt, aus der **Zahlstelle Ingolstadt.**

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.